

Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung und den sonstigen öffentlichen Mehrausgaben uns zu einer Verdreifachung unserer Steuerlast zwingt. Er hat die Rohstoffe aufgezehrt und nötigt uns zu ihrer schleunigen Wiederauffüllung. Da die österreichische Wirtschaft schon vor dem Krieg passiv gewesen ist, wird dadurch eine wachsende Verschuldung an das Ausland unvermeidlich. Die enorm gewachsene Steuerlast bedeutet den Antrieb zu einer ungeheuren Preissteigerung, die uns vom Wettbewerb auf dem Weltmarkte auszuschließen droht, dem Weltmarkt, dem wir unsere Waren anbieten müssen, um mit ihnen die nötige Rohstoffeinfuhr zu bezahlen. Steuerlast und Auslandsverschuldung sind gleichsam die beiden Hebel einer Schere, die den Leib der Volkswirtschaft umklammert hält. Aus ihr ohne schwere soziale Schäden die Befreiung zu finden, ist die Aufgabe der künftigen Wirtschaftspolitik. Die ungeahnte Intensivierung des politischen Bewußtseins, welches die allgemeine Volksbewaffnung in diesem Kriege bewirkt hat, schafft auch der Wirtschaftspolitik neue Voraussetzungen. Vor dem Krieg hat sich die Wirtschaftspolitik in mehr oder weniger bedeutsamen Einzelmaßnahmen erschöpft, die aus den verschiedensten Motiven entstanden den verschiedensten Zwecken dienen sollten. Die Handelspolitik im besonderen stand isoliert im Bereich der Wirtschaftspolitik. Der Krieg hat das gesamte Gebiet der Wirtschaft staatlich-politischen Einflüssen und Zwecken unterworfen und diese Unterwerfung wird, wie wir nachgewiesen haben, gleichviel in welcher Form den Krieg überdauern. Wie im Krieg der Kriegführung so bleibt im Frieden die Volkswirtschaft in erster Linie den staatswirtschaftlichen Aufgaben dienstbar. Und was die Erfüllung der staatswirtschaftlichen Zwecke bedeuten wird, wie insbesondere die sozialen Machtkämpfe den Staat zwingen werden, sein wachsameres Auge auf der Wirtschaft ruhen zu lassen, das haben wir in